

NACHRICHTEN

Entbürokratisierte Pflegedokumentation: Laumann will Modell in die Fläche tragen

Bis 2016 soll jede vierte Einrichtung das neue System nutzen

Das Projekt zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation läuft an. Bundesweit ist der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung zu Gast bei Leistungserbringerverbänden und Medizinischen Diensten, um für das sogenannte Beikirch-Modell zu werben.

VON LUKAS SANDER
UND STEVE SCHRADER

Hannover // Karl-Josef Laumann konnte man in den vergangenen Wochen nicht beneiden. Fast jeden Tag in einer anderen Landeshauptstadt, fast jeden Tag neue Ansprechpartner aus Verbänden, Pflegeunternehmen und Medizinischen Diensten – doch immer das gleiche

// Wir müssen es ab Januar in die Fläche bringen und werden ein Projektbüro einrichten in meinem Arbeitsstab //

KARL-JOSÉF LAUMANN

Thema. Das Modell zur längst überfälligen Entschlackung der Pflegedokumentation muss in die Fläche gebracht werden. Auch in Hannover, wo der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) seine niedersächsischen Mitglieder zum obligatorischen Laumann-Termin geladen hat, zeigt sich der Westfale interessiert und gesprächsbereit: „Bis Anfang September will ich durch sein.“

So begeistert die Reaktionen aus der Branche in den vergangenen Monaten auch gewesen sein mögen – Laumann hat Sorge. Mehrfach lässt er das Wort „Rohrkrepierer“ fallen. Das, so der CDU-Politiker, der bereits bei der Entwicklung der sozialen Pflegeversicherung mitgearbeitet hat, dürfe das Projekt auf keinen Fall werden. Schon im Januar sollen die Pflegeverbände mit den Schulungen ihrer Mitglieder starten. Zwei Jahre gibt Laumann der Branche. Wenn bis Ende 2016 nicht bundesweit ein Viertel aller Heime und Pflegedienste nach dem neuen System dokumentieren, werde es „im Sande verlaufen“ und sein Haus das Projekt nicht weiter verfolgen.

Doch gibt es tatsächlich Grund zur Sorge? Erst Anfang Juli hatten sich Leistungserbringer und Pflegeanbieter in der Selbstverwaltung darauf verständigt, dass sie im neuen Modus arbeiten können. Die Frage ist, ob es auch alle an der Basis wollen.

Ein bpa-Mitglied in den Reihen der Zuhörerschaft äußert im Gespräch mit CAREkonkret zumindest Bedenken. Schon vor Jahren habe man in der Einrichtung eine vereinfachte Dokumentation eingeführt, jetzt bestehe eigentlich kein Bedarf. Und trotzdem soll man nun die Mitarbeiter überzeugen?

Stimmen wie diese scheinen aber die Ausnahme zu sein. 1 000



Karl-Josef Laumann (Mitte) stellt sich derzeit der Diskussion mit Leistungserbringern, hier in Hannover mit den Pflegedienstinhabern Kai Dase und Jan Grote (re.). Foto: Sander

Mitgliedseinrichtungen hat der bpa nach eigenen Angaben in Niedersachsen. Davon seien in den bisher neun Veranstaltungen des Verbandes zum Entbürokratisierungsprojekt knapp 1 000 Teilnehmer gekommen, sagt bpa-Landesgeschäftsstellenleiter Henning Steinhoff: „Man spürte von Anfang an, dass hier eine neue Qualität erreicht wurde.“

Davon wollen auch Kai Dase und Jan Grote überzeugen. Die beiden Pflegedienstinhaber aus der Region Hannover sind vom bpa als Ansprechpartner für die Presse ausgewählt worden. „Man wurde als Pflegefachkraft wieder angenommen“, berichtet Dase aus der Projektzeit, in der das Modell in seinem Betrieb erprobt wurde. Und Grote geht auf Fragen nach dem möglicherweise erhöhten Haftungsrisiko ein, weil ja nun weniger dokumentiert werde. „Ich habe davor keine Angst“, gibt sich Grote überzeugt.

Rechtliche Fragen seien von Juristen bis ins Detail geprüft und beantwortet worden. Und auch die Angst vor einer möglicherweise schlechteren Benotung durch den MDK sei unbegründet, ergänzt bpa-Landesvorsitzender Karsten Neumann.

Auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege zeigten sich optimistisch. Zwei Tage vor seinem Termin beim bpa war Laumann Gast bei der Caritas in Münster. Deren Vorsitzender Klaus Winterkamp sprach von einem „großen Interesse der Einrichtungen und Dienste“ an der neuen Dokumentation. Die Pläne der Caritas im Bistum Münster sind ambitioniert: Im Januar soll mit der Schulung der ersten 40 Altenheime und 20 Sozialstationen begonnen werden, Ende 2016 sollen 160 Heime und 80 ambulante Pflegedienste in der Lage sein, mit der reduzierten Dokumentation viel Zeit zu sparen. Voraussetzung für den Start des Projekts seien entsprechende Schu-

lungsunterlagen. Laumann sagte sie für den Herbst zu.

Bei vor Ort teilweise zu erwartenden Diskussionen mit Heimaufsicht und MDK wünscht sich die Caritas Rückendeckung vom Pflegebevollmächtigten. Laumann sagte seine Vermittlung zu. Er will zur Unterstützung ein Projektbüro und eine Hotline im Gesundheitsministerium einrichten. Einigkeit bestand darin, dass als weiterer Schritt das neue Dokumentationssystem in der Ausbildung implementiert werden muss. Als Voraussetzung dafür sieht Laumann die Einführung der generalisierten Ausbildung für alle Pflegeberufe. Ebenso müsse der Pflegeschlüssel darauf abgestimmt und die Qualitätsprüfung angepasst werden.

Und wenn es einmal doch nicht rund laufen sollte mit Schulungen und der Umsetzung in den Regionen? Dann will Karl-Josef Laumann „runde Tische“ initiieren lassen. Die Koordination soll ein Projektbüro in Laumanns Arbeitsstab mit voraussichtlich drei Mitarbeitern übernehmen, das im Januar seine Arbeit aufnehmen soll.

Was wird aus Elisabeth Beikirch?

Die Frage danach, wer das Büro leiten wird, muss Laumann offen lassen. Die Besetzung soll ausgeschrieben werden. Ein Name fällt aber auch in anderen Zusammenhängen immer wieder: Elisabeth Beikirch. Die Ombudsfrau für Entbürokratisierung habe Großes geleistet, sagt Laumann in anderem Zusammenhang. Ihr besonders Verdienst sei, dass sie alle Verbände und Institutionen in der Pflege hinter das Vorhaben gebracht habe.

Integrierte Versorgung

Experten fordern bessere Rahmenbedingungen

Berlin // Die Deutsche Gesellschaft für Integrierte Versorgung im Gesundheitswesen (DGIV) fordert von der Bundesregierung mehr Engagement bei der Weiterentwicklung integrierter Versorgungsmodelle. Höchste Priorität haben dabei der DGIV zufolge zwei Dinge: IV-Ver-

träge sollen vom Grundsatz der Beitragssatzstabilität befreit und die Budgetbereinigungspflicht für die ambulante selektivvertragliche Versorgung soll aufgehoben werden. „Wer mögliche anfängliche Mehrkosten von IV-Vorhaben nicht zulässt, verspielt durch diesen kurz-

fristigen Blick unabdingbare Investitionen für eine zukünftige bessere medizinische Versorgung“, so Bertram Häussler, DGIV-Vorstandsmitglied. Entfallen solle zudem die Pflicht, IV-Verträge nur mit einer überwiegenden Substitution von Regelleistungen zuzulassen. (ck)

Neuer Beruf mit europaweiter Anerkennung

Pflegeberuf „Healthcare Assistant“

Berlin // „Healthcare Assistant“ könnte ein neuer Ausbildungsberuf der Pflegebranche heißen. 25 Experten aus 15 Ländern haben jetzt ihre Vorschläge zusammengetragen, wie ein Ausbildungsberuf zur Gesundheits- und Pflege-Assistenz aussehen müsste, damit er europaweit anerkannt werden würde. Im Rahmen eines von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Projektes gaben sie Empfehlungen zur Entwicklung eines tragfähigen Ausbildungskonzeptes für Healthcare Assistants (HCA), dem noch neuen Berufsbild Gesundheits- und Pflege-Assistenz.

Ziel sei es, so Projektleiterin Dr. Grit Braeseke vom Unternehmensberater Contec aus Berlin, die Vergleichbarkeit der Ausbildung für Gesundheits- und Pflege-Assistenten zu erleichtern. „Hierdurch öffnen wir den HCA eine über die nationalen Grenzen hinausreichende Option für eine Pflegekarriere und fördern auf diese Weise die berufliche Mobilität innerhalb Europas.“

Neben den Ausbildungsinhalten ging es den Experten auch um mögliche Einsatzbereiche in der Praxis sowie um die Aussichten auf den nationalen Arbeitsmärkten der einzelnen EU-Länder. Laut Emp-

fehlungen sollte die Ausbildung mindestens zwei, besser drei Jahre dauern, die Bewerber des neuen Hilfeberufes sollten mindestens neun Jahre lang eine Vollzeitschule besucht haben und, dem deutschen Vorbild folgend, zu jeweils 50 Prozent in der Schule und im Unternehmen ausgebildet werden. „Die Projektergebnisse ermöglichen mit Blick auf die erst kürzlich modernisierte EU-Beruferrichtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen einen neuen Weg EU-weiter Anerkennung für Gesundheits- und Pflege-Assistenten. Für das nach Artikel 49a der Richtlinie erforderliche gemeinsame Ausbildungskonzept sind wir mit diesem Projekt einen ersten wichtigen Schritt in Richtung eines europaweit abgestimmten Verständnisses über die berufliche Rolle und die notwendigen Ausbildungsstandards gegangen“, sagte Projektleiterin Braeseke, „dies eröffnet auch für uns in Deutschland die Chance, die bisherige einjährige Kranken- und Altenpflegehelferausbildung in den einzelnen Bundesländern zielgerichtet weiterzuentwickeln.“ (kesch)

www.contec.de

Altenheim
KONFERENZEN

EXKURSION Quartier

- ◀ Quartiersentwicklung & Netzwerkarbeit
- ◀ Kooperation Heim & Kita
- ◀ Moderne Assistenzsysteme
- ◀ Quartier und Pflegestärkungsgesetz
- ◀ Quartiersbegehung vor Ort

STRATEGIETAG KOMPAKT EXKURSION

In Kooperation mit

23. September 2014 in Hamburg

www.altenheim-konferenzen.de

PFLGEN & WOHNEN HAMBURG
In Kooperation mit